

Wolfgang Glatzer, Ilona Ostner (Hrsg.)

Deutschland im Wandel

Sozialstrukturelle Analysen

Ein Sonderband der Zeitschrift

GEGENWARTSKUNDE

Mit Beiträgen von

Jutta Allmendinger, Wilhelm Bürklin, Uta Gerhardt,
Wolfgang Glatzer, Roland Habich, Bernd Hamm,
Richard Hauser, Thomas Hinz,
Ursula Hoffmann-Lange, Elke Holst, Stefan Hradil,
Jürgen Kohl, Elke Korte, Wolfgang Lauterbach,
Stephan Lessenich, Rainer Mackensen,
Heiner Meulemann, Hansgünter Meyer, Walter Müller,
Rosemarie Nave-Herz, Hildegard M. Nickel,
Heinz-Herbert Noll, Thomas Olk, Ilona Ostner,
Doris Rentzsch, Jürgen Schupp, Ingrid N. Sommerkorn,
Annette Treibel, Ansgar Weymann, Michael Windzio,
Wolfgang Zapf

gewidmet Bernhard Schäfers
zum 60. Geburtstag

Leske + Budrich, Opladen 1999

- Müller, Walter/Steinmann, Susanne/Schneider, Reinhart 1997: Bildung in Europa. In: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hg.) 1997: Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, S. 177-246.
- Parsons, Talcott 1969: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln-Berlin, S. 55-75.
- Roussel, Louis 1992: La famille en Europe occidentale: divergences et convergences. In: Population 47, Heft 1, S. 133-152.
- Schäfers, Bernhard 1998: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Mit einem Anhang: Deutschland im Vergleich europäischer Sozialstrukturen, 7. Aufl., Stuttgart: Enke.
- Schmidt-Seiwert 1997: Landkarten zum Vergleich der Regionen Westeuropas. In: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hg.) 1997: Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, S. 603-628.
- Smeeding, Timothy 1997: American Income Inequality in a Cross-national Perspective: Why Are We So Different? Luxembourg: LIS-Working Paper No. 157.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 1998: Statistisches Jahrbuch für das Ausland, Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Zapf, Wolfgang 1991: Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt a.M.: Campus, S. 23-39.

Wohlfahrtsstaatliche Regimetypen im Vergleich¹

Jürgen Kohl

1. Eine Typologie von Wohlfahrtsstaaten

Den gegenwärtig wohl am meisten diskutierten Versuch der Entwicklung einer empirisch fundierten Typologie von Wohlfahrtsstaaten stellt die Studie von *Esping-Andersen* „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) dar.² Er geht aus von den politisch-ideologischen Leitvorstellungen der kollektiven Akteure, die in der Entwicklung der westlichen Wohlfahrtsstaaten geschichtswirksam geworden sind, und unterscheidet demzufolge idealtypisch ein liberales, ein konservativ-korporatistisches und ein sozialdemokratisches Modell des Wohlfahrtsstaats (bzw. „wohlfahrtsstaatlichen Regimetyp“³).

Er definiert diese Regimetypen durch bestimmte Konfigurationen institutioneller Merkmale. Konkret verwendet er zwei Methoden der Operationalisierung, um die von ihm untersuchten entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften mit demokratischer politischer Ordnung (OECD-Länder) den unterschiedenen Regimetypen zuzuordnen:

- Zum einen einen „Index der Dekommodifizierung“. Dekommodifizierung“ meint das Ausmaß, in dem der Lebensunterhalt unabhängig vom (Arbeits-) Markt gesichert werden kann, insbesondere im Falle von Einkommensausfällen bei der Erwerbsarbeit. Operationalisiert wird dieses Konzept vor allem mit Einkommensersatzquoten im Falle von Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit, gewichtet mit dem Bevölkerungsanteil des jeweils geschützten Personenkreises. Unterstellt wird dabei, daß ein hohes Maß an Dekommodifizierung ein Kennzeichen des sozialdemokratischen Regimetyps ist, ein geringes Maß an Dekommodifizierung dagegen dem liberalen Regimetyp entspricht.
- Zum anderen verwendet er verschiedene Indikatoren, um den Grad der Ausprägung von bestimmten Stratifikationsprinzipien in jedem Land zu bestimmen, die nach seiner Interpretation für den liberalen, den konservativ-korporatistischen und den sozialdemokratischen Regimetyp charakteristisch sind. Die Länder, die in der jeweiligen Dimension die

höchsten Punktwerte erreichen, ordnet er dem entsprechenden Regimetypp zu.

Schaubild 1: Merkmale unterschiedlicher (Ideal-)Typen von Wohlfahrtsstaaten

Variablen - Indikatoren	Typus des Wohlfahrtsstaates		
	liberal	konservativ	sozialdemokratisch
Dekommodifizierung: Schutz gegen Marktkräfte und Einkommensausfälle Einkommensersatzquoten Anteil individueller Finanzierungsbeiträge (invers)	schwach	mittel (?)	stark
Residualismus Anteil von Fürsorgeleistungen an gesamten Sozialausgaben	stark	stark	schwach
Privatisierung Anteil privater Ausgaben für Alter bzw. Gesundheit an jeweiligen Gesamtausgaben	hoch	niedrig	niedrig
Korporatismus/Etatismus Anzahl von nach Berufsgruppen differenzierten Sicherungssystemen Anteil der Ausgaben für Beamtenversorgung	schwach	stark	schwach
Umverteilungskapazität Progressionsgrad des Steuersystems Gleichheit der Leistungen	schwach	schwach	stark
Vollbeschäftigungsgarantie Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik Arbeitslosenquote, gewichtet mit Erwerbsbeteiligung	schwach	schwach (?)	stark

Quelle: Kohl (1993) in Anlehnung an Esping-Andersen (1990) u. Schmidt (1988)

Die beiden Methoden führen zu teils übereinstimmenden, aber doch leicht unterschiedlichen Ergebnissen.

Schaubild 2: Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus

Dekommodifizierung			Prinzip der Stratifikation		
niedrig	mittel	hoch	liberal	konservativ	sozialdemokratisch
Australien	Italien	Österreich	USA	Österreich	Dänemark
USA	Japan	Belgien	Kanada	Belgien	Norwegen
Neuseeland	Frankreich	Niederlande	Schweiz	Frankreich	Schweden
Kanada	Deutschland	Dänemark	Australien	Deutschland	Finnland
Irland	Finnland	Norwegen	Japan	Italien	Niederlande
Großbritannien	Schweiz	Schweden			

Eine übereinstimmende Zuordnung ergibt sich

- beim liberalen Modell für: USA, Kanada, Australien

- beim konservativen Modell für: Deutschland, Frankreich, Italien
- beim sozialdemokratischen Modell für: Schweden, Dänemark, Norwegen und die Niederlande.

Diese können als die unstrittigen, prototypischen Fälle gelten, die dem Idealtypus am nächsten kommen.

Abweichende Zuordnungen ergeben sich

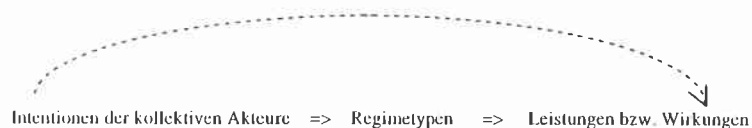
- bei Japan und der Schweiz (mittlere Dekommodifizierung, aber liberale Stratifikationsprinzipien),
- bei Österreich und Belgien (hohe Dekommodifizierung, aber konservative Stratifikationsprinzipien), sowie
- bei Finnland (sozialdemokratische Stratifikationsprinzipien, aber mittlere Dekommodifizierung)

Diese Länder lassen sich nicht eindeutig zuordnen, was darauf hindeutet, daß in ihnen konkurrierende, ja gegensätzliche Strukturprinzipien realisiert sind. Das eigentliche Problem aber sind diejenigen Länder, in denen keines der drei Stratifikationsprinzipien stark ausgeprägt ist: Großbritannien, Irland, Neuseeland.

Für die folgende empirische Untersuchung verwende ich die Operationalisierung mittels des „Index der Dekommodifizierung“, da nur diese es erlaubt, alle Untersuchungsländer eindeutig einem Regimetypp zuzuordnen.

In der Diskussion um die von Esping-Andersen entwickelte Typologie werden zum einen die theoretischen Konstruktionsprinzipien thematisiert und z.B. kritisiert, daß bestimmte Dimensionen von Wohlfahrtsstaatlichkeit außer Betracht blieben (z.B. die sozialen Dienstleistungen oder die geschlechtliche Arbeitsteilung). Zum andern werden von empirisch orientierten Kritikern – bei grundsätzlicher Anerkennung der Sinnhaftigkeit der Typologie – die Zuordnungen einzelner Länder zu bestimmten Regimetypen kritisiert und hierzu Ergänzungen bzw. Alternativen vorgeschlagen. In diesem Aufsatz soll eine andere Fragestellung im Vordergrund stehen, nämlich die Frage, ob sich die unterschiedenen Regimetypen nicht nur hinsichtlich der ihnen zugrunde liegenden Strukturprinzipien unterscheiden, sondern auch hinsichtlich ihrer Leistungen, d.h. ihrer Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft.

In der Tat liegt ja der Bildung von (Ideal-)Typen meist die Vorstellung zugrunde, damit Schlüsselvariablen zu identifizieren, die Erklärungskraft in Bezug auf weitere Phänomene haben. In diesem Sinne geht die Aufgabe der Typologiebildung über die bloße Deskription und Ordnung der empirischen Vielfalt hinaus. Im Falle der Typologie von Esping-Andersen liegt wohl implizit die Hypothese zugrunde, daß die aus den politisch-ideologischen Leitvorstellungen der kollektiven Akteure entwickelten Gestaltungsmaximen für sozialpolitische Institutionen und Programme auch faktisch folgenreich sind in ihren ökonomischen, politischen und sozialen Auswirkungen, daß es also eine Entsprechung gibt zwischen den *intendierten* und den tatsächlich *erzielten* Wirkungen wohlfahrtsstaatlicher Intervention.



2. Die Forschungsfrage und ihre Operationalisierung

Die Forschungsfrage lautet also:

Unterscheiden sich die wohlfahrtsstaatlichen Regimetypen hinsichtlich ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungsfähigkeit? Es geht also um die empirische Überprüfung von Wirkungshypothesen in Bezug auf zentrale gesellschaftspolitische Zielsetzungen. Als solche sind etwa anzusehen:

- zum einen die *wirtschaftspolitischen* Globalziele, die unmittelbar wohlfahrtsrelevant sind:
 - reales Wirtschaftswachstum (operationalisiert über die Wachstumsraten des BIP pro Kopf)
 - Preisniveaustabilität (operationalisiert über Inflationsraten)
 - Vollbeschäftigung (negativ operationalisiert über Arbeitslosenquoten, positiv über Zuwachsraten der Beschäftigung);
- zum andern die im engeren Sinn *sozialpolitischen* Zieldimensionen der Verteilungsgerechtigkeit (Einkommensgleichheit) und Armutsvermeidung.

Hierzu werden in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion bekanntlich kontroverse Meinungen und Behauptungen vertreten. So wird etwa von Verteidigern des skandinavischen Wohlfahrtsstaats-Typs behauptet, daß dieser aufgrund seiner egalitären Zielsetzungen auch tatsächlich erfolgreicher in der Bekämpfung von Armut und der Reduzierung von Einkommensungleichheit sei. Außerdem genieße das Ziel der Vollbeschäftigung eine höhere Priorität, so daß anzunehmen sei, daß Länder dieses Typs auch erfolgreicher in der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit seien. Demgegenüber wird von Kritikern behauptet, daß ein verteilungspolitisch stark ausgebauter Wohlfahrtsstaat abträglich für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei, insbesondere zu geringerem Wirtschaftswachstum und höherer Inflation führe.

Sind also z.B. die Länder, die dem liberalen Modell folgen bzw. ihm nahe stehen, erfolgreicher im Hinblick auf Wirtschaftswachstum und Preisstabilität? Sind andererseits die Länder, die dem sozialdemokratischen Modell folgen, erfolgreicher im Hinblick auf Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut? Inwieweit entsprechen die tatsächlich erzielten Ergebnisse den intendierten Wirkungen bzw. den proklamierten Zielvorstellungen?

Wie verhält es sich schließlich mit der Leistungsfähigkeit des konservativ-korporatistischen Modells des Wohlfahrtsstaates, wo zwar das Umverteilungs-

lungsvolumen höher ist als im liberalen Modell, jedoch eher statuserhaltende und Ungleichheiten konservierende als egalitäre und redistributive Zielsetzungen verfolgt werden? Stehen Länder dieses Typs im Ergebnis infolge des hohen Umverteilungsvolumens dem sozialdemokratischen Typ nahe oder infolge seines marktwirtschaftskonformen Leistungssystems eher dem liberalen Modell?

Oft wird in der öffentlichen Diskussion solcher Fragen auf das Beispiel einzelner (vermeintlich) typischer Länder Bezug genommen. Der internationale Vergleich nicht nur einzelner Länder, sondern von Ländergruppen, die einem bestimmten Regimetypus mit ähnlichen Strukturmerkmalen zugeordnet werden können, kann hier vielleicht zur Klärung der Streitfrage beitragen, ob die Ursachen beobachteter Performanzunterschiede eher in spezifischen Bedingungen einzelner Länder zu suchen oder aus bestimmten regime-typischen Merkmalen abzuleiten sind.

Um Zufallsergebnisse zu vermeiden, wie sie bei Querschnittsvergleichen zu einem bestimmten Zeitpunkt leicht auftreten können, wurden zunächst Zeitreihen auf Jahresbasis für den gesamten Untersuchungszeitraum seit Anfang der 80er Jahre bis in die Gegenwart (meist 1980-94) erhoben und daraus mehrjährige Durchschnitte berechnet. Im folgenden werden aus darstellungstechnischen Gründen nur die Durchschnittswerte für den Gesamtzeitraum wiedergegeben, von denen angenommen wird, daß sie relative stabile Strukturmerkmale darstellen. Es ist jedoch einzuräumen, daß sich bei der Analyse kürzerer Zeiträume auch phasenspezifisch unterschiedliche Entwicklungen bzw. Strukturmerkmale ergeben können.⁴ Weiterhin wurden jeweils die Mittelwerte für *alle* einem Regimetypus zugeordneten Länder berechnet, sodann aber auch nur für diejenigen „prototypischen“ Länder, die nach den beiden genannten Methoden der Operationalisierung dem gleichen Regimetypus zuzurechnen sind.

3. Einige zentrale Ergebnisse

Wenngleich die wohlfahrtsstaatlichen Regimetypen nach den theoretischen Überlegungen Esping-Andersens *nicht* durch das Niveau der Staats- bzw. Sozialausgaben *definiert* werden, ist es dennoch eine interessante Frage, ob die durch Strukturmerkmale ihrer sozialen Sicherungssysteme definierten Regimetypen sich *empirisch* in dem Ausmaß unterscheiden, in dem sie gesamtwirtschaftliche Ressourcen in Anspruch nehmen, um öffentliche Güter und Dienstleistungen zu produzieren (sog. Staatsverbrauch und öffentliche Investitionen) bzw. Einkommen umzuverteilen (Transferleistungen).

Die den Regimetypen zugrunde liegenden Gesellschaftsbilder bzw. „Philosophien“ der Aufgaben und Ziele der Sozialpolitik lassen erwarten, daß im liberalen Modell der Grad der staatlichen Interventionen in das Wirtschaftssystem und der Umfang der staatlichen Aktivitäten insgesamt wesentlich ge-

ringer ist als im sozialdemokratischen Modell. Für das konservative Modell ist ein mittlerer Grad staatlicher Intervention und Einflußnahme zu erwarten aus einem paternalistischen Staatsverständnis heraus, das auf staatliche Machtentfaltung abzielt, aber andererseits die politische Macht zur Sicherung, nicht zur weitreichenden Veränderung gesellschaftlicher Grundstrukturen einsetzen will.

Tabelle 1: Staatsausgaben und Sozialausgaben (in % des BIP) nach Typen von Wohlfahrtsstaaten

	Staatsausgaben 1983 – 1994	Sozialausgaben 1983 – 1994
Liberales Modell		
Australien	38,0	14,4
USA	36,8	14,0
Neuseeland		20,7
Kanada	47,8	17,6
Irland	47,5	21,0
Großbritannien	44,2	21,0
Mittelwert	42,9	18,1
Standardabweichung	4,6	3,0
Mittelwert	40,9	15,3
Standardabweichung	4,9	1,6
Konservatives Modell		
Italien	52,3	22,7
Japan	32,8	12,3
Frankreich	51,7	26,8
Deutschland	47,6	24,7
Finnland	49,9	26,9
Schweiz	32,2	18,5
Mittelwert	44,4	22,0
Standardabweichung	8,5	5,2
Mittelwert	50,5	24,7
Standardabweichung	2,1	1,7
Sozialdemokratisches Modell		
Österreich	51,4	24,3
Belgien	58,9	27,5
Niederlande	59,5	29,3
Dänemark	60,0	28,3
Norwegen	52,6	25,0
Schweden	64,3	33,4
Mittelwert	57,8	28,0
Standardabweichung	4,5	3,0
Mittelwert	59,1	29,0
Standardabweichung	4,2	3,0

Quelle: Historical Statistics, OECD, 1994, Tab. 6.5 OECD/GD (96)49, Labour Market and Social Policy, Occasional Papers No.17

In der Tat liegt das Niveau der staatlichen Gesamtausgaben im sozialdemokratischen Regimtyp mit ca. 58% des BIP deutlich höher als in den Ländern des liberalen und des konservativen Modells (ca. 43-44%), die sich in dieser Hinsicht nur wenig unterscheiden, wenn man die Durchschnittswerte für alle

Länder betrachtet. Greift man jedoch die für das jeweilige Modell typischen Länder heraus (die „prototypischen Fälle“, s.o.), so ergibt sich eine distinkte Reihenfolge: knapp 60% beim sozialdemokratischen Modell, etwas über 50% beim konservativen Modell, und etwas über 40% beim liberalen Modell.

Ein ähnliches Muster ergibt sich im Hinblick auf die Sozialausgaben, die nach der OECD-Definition nicht nur die sozialen Transferleistungen umfassen, sondern auch die personell zurechenbaren sozialen Dienstleistungen.

Nach der Logik der Dekommodifizierung, die der Bildung der wohlfahrtsstaatlichen Regimtypen zugrundeliegt, ist zu erwarten, daß die Länder des sozialdemokratischen Modells die höchsten Sozialausgabenquoten aufweisen, die Länder des liberalen Modells die geringsten. Dies ist auch im Durchschnitt der einem Regimtyp zuzurechnenden Länder der Fall. Die Länder des konservativ-korporatistischen Modells nehmen auch hier eine mittlere Position ein. Allerdings ist die Varianz innerhalb dieses Regimtyps am größten: mit Japan und der Schweiz gehören zwei Länder mit besonders niedrigen Sozialausgaben zu dieser Gruppe. Beschränkt man den Vergleich wiederum auf die prototypischen Fälle, so rücken die Länder des konservativen Modells näher an die des sozialdemokratischen Modells heran (ca. 25% gegenüber 29%).

Sowohl beim sozialdemokratischen als auch beim konservativen Regimtyp entfällt etwa die Hälfte aller Staatsausgaben auf Sozialausgaben (in dem hier definierten Sinn). Gemessen an den staatlichen Ressourcen, nehmen die sozialpolitischen Aufgaben also einen annähernd gleichen Stellenwert im Rahmen der gesamten öffentlichen Aufgaben ein. Deutlich geringer ist der Anteil der Sozialausgaben an den gesamten Staatsausgaben hingegen in den dem liberalen Modell zuzurechnenden Ländern (ca. 40 %).

Wie eine genauere Zeitreihenanalyse zeigt, ist in allen drei Regimtypen im Untersuchungszeitraum 1983-94 tendenziell ein Anstieg der Sozialausgabenquoten festzustellen. Das oben beschriebene strukturelle Muster bleibt eben dadurch im Zeitablauf erhalten. Es hat demnach nicht den Anschein, daß es in einem der Regimtypen merklich besser gelingt, den Trend steigender Sozialausgaben zu bremsen oder gar zu brechen.

Allerdings gilt dies nicht in jedem einzelnen Land. Deutschland z.B. ist eines der wenigen Länder, wo entgegen dem allgemeinen Trend in dem genannten Zeitraum bereits ein kontinuierlicher Rückgang des Sozialausgabenniveaus festzustellen ist.⁵

Tabelle 2: Gesamtwirtschaftliche Leistungsindikatoren nach Typen von Wohlfahrtsstaaten

	Reales Wirtschaftswachstum ¹ 1983-1994	Inflationsraten ² 1983-1994	Standardisierte Arbeitslosenquoten ³ 1983-1994	Gesamtbeschäftigung ⁴ 1983-1994
Liberales Modell				
Australien	1,6	6,7	8,2	1,7
USA	1,4	5,0	6,9	1,4
Neuseeland	1,4	8,8	7,2	0,4
Kanada	1,2	5,5	9,6	1,3
Irland	3,4	7,2	15,3	0,4
Großbritannien	1,7	6,7	9,7	0,0
Mittelwert	1,8	6,7	9,5	0,9
Standardabweichung	0,7	1,2	2,8	0,6
Mittelwert	1,4	5,7	8,2	1,5
Standardabweichung	0,2	0,7	1,1	0,2
Konservatives Modell				
Italien	1,9	9,4	9,8	0,4
Japan	2,8	2,5	2,6	1,1
Frankreich	1,3	5,9	9,5	0,1
Deutschland	1,6	3,2	6,0	0,2
Finnland	1,7	6,9	7,2	-0,7
Schweiz	1,1	3,7	3,1	0,2
Mittelwert	1,7	5,3	6,4	0,2
Standardabweichung	0,6	2,4	2,8	0,5
Mittelwert	1,6	6,2	8,4	0,2
Standardabweichung	0,2	2,5	1,7	0,1
Sozialdemokratisches Modell				
Österreich	1,8	3,8	3,2	1,4
Belgien	1,7	4,2	9,9	0,0
Niederlande	1,3	2,7	8,7	1,4
Dänemark	1,7	5,3		0,2
Norwegen	2,4	6,6	3,7	0,4
Schweden	0,9	7,5	3,7	-0,4
Mittelwert	1,6	5,0	5,8	0,5
Standardabweichung	0,5	1,6	2,9	0,7
Mittelwert	0,4	-4,8	5,0	1,8
Standardabweichung	0,6	1,8	2,4	0,6

1 (BIP pro Kopf)

2 (Veränderung des Index der Lebenshaltungskosten)

3 (in % der Erwerbspersonen)

4 (prozentuale Veränderung gegenüber Vorjahr)

Quelle: Historical Statistics, OECD, 1994, Tab. 1.6, Tab. 2.20, Tab. 3.2 und Tab. 8.11. Income Distribution in OECD Countries, 1996, Tab. 3.2a

Hinsichtlich des wohl zentralen wirtschaftspolitischen Leistungsindikators, des realen Wirtschaftswachstums (pro Kopf), sind im Untersuchungszeitraum seit den 80er Jahren keine signifikanten und systematischen Unterschiede zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Regimetypen zu erkennen. Die Bandbreite beträgt für die Periode 1980-94 lediglich 1,6%-1,8%, bei Beschränkung

auf die prototypischen Länder nur 1,4%-1,6% pro Jahr. Damit verglichen, ist die Spannweite innerhalb der einem Regimetype zugeordneten Länder erheblich. In jeder Ländergruppe finden sich Länder mit relativ starkem Wachstum (über 2% p.a.): Irland beim liberalen Modell, Japan beim konservativen, Norwegen beim sozialdemokratischen Modell. Gerade das Beispiel dieser Länder deutet aber darauf hin, daß hier besondere länderspezifische Bedingungskonstellationen für eine überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung vorliegen, aber eben keine systematische Verknüpfung mit Merkmalen des sozialpolitischen Institutionensystems.

Eine genauere periodenspezifische Analyse (vgl. Kohl 1998: 123, Tab. 3) zeigt, daß konjunkturelle Zyklen sich offenbar bei allen Regimetypen auswirken, auch wenn sie in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt und u.U. zeitlich etwas verschoben sein mögen. So ist in fast allen Ländern in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine relativ günstige Wirtschaftsentwicklung festzustellen, während in den 90er Jahren das Wachstum des BIP pro Kopf durchweg sehr mäßig ist und es in mehreren Ländern zu mehrjährigen Phasen mit Realeinkommenseinbußen kommt. Die durchschlagende Wirkung solcher Konjunkturzyklen deutet auf zunehmende weltwirtschaftliche Interdependenzen (zumindest innerhalb der OECD-Länder) hin, denen sich kein Land auf Dauer entziehen kann.

Es hat zwar den Anschein, daß in den letzten Jahren (etwa ab 1993) in mehreren, dem liberalen Modell folgenden Ländern (USA, Australien, Neuseeland, Irland, Großbritannien) ein relativ starkes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen ist. Doch gilt dies durchaus nicht im mehrjährigen Durchschnitt und auf lange Sicht. Es bleibt deshalb abzuwarten (bzw. genauer zu analysieren), ob sich dieser Trend in Zukunft fortsetzen wird. Sollte dies der Fall sein, würde dies darauf hindeuten, daß sich ein neues strukturelles Bedingungsgefüge zwischen wohlfahrtsstaatlichem Institutionensystem und wirtschaftlichem Leistungsvermögen herausbildet, das so jedenfalls in der Vergangenheit nicht wirksam war.

Ähnlich ist das Bild auch bezüglich des Leistungsindikators 'Preisstabilität', dessen Zielerreichungsgrad man negativ an der Höhe der Inflationsraten ablesen kann. Im Gesamtzeitraum finden wir im Vergleich der Regimetypen die durchschnittlich höchsten Preissteigerungsraten beim liberalen Modell, während die Unterschiede zwischen dem konservativen und dem sozialdemokratischen Modell relativ gering sind. Doch ist auch hier zu konzedieren, daß die Varianz innerhalb der Ländergruppen so erheblich ist, daß man aus den Unterschieden zwischen den Regimetypen keine voreiligen kausalen Schlüsse ziehen sollte.

Im Zeitverlauf sind die Inflationsraten seit den frühen 80er Jahren bei allen Regimetypen rückläufig, wodurch sich auch die Schwankungsbreite innerhalb der Ländergruppen verringert (vgl. Kohl 1998: 125, Tab. 4). Was die Höhe der Inflationsraten betrifft, ist also ein deutlicher Trend zur Konvergenz auf niedrigerem Niveau festzustellen. Dieser Trend dürfte sich in den 90er Jahren weiter fortgesetzt haben im Zuge der Bemühungen um die Schaf-

fung einer Europäischen Währungs-Union (EWU), wo ja die Gewährleistung der Preisstabilität einen wichtigen Platz unter den Konvergenzkriterien, d.h. den Beitrittsbedingungen zur EWU, einnimmt. Der Hinweis auf die sog. Maastricht-Kriterien macht zugleich deutlich, daß die wesentlichen Determinanten der Preisentwicklung – und folglich auch die wesentlichen Instrumente zur Verfolgung des Ziels der Preisstabilität – auf anderem als sozialpolitischem Gebiet liegen (insbes. Geldpolitik, Lohnpolitik, Staatsverschuldung, etc.).

Entgegen landläufiger Meinung (und verbreiteter politischer Propaganda) ist es keineswegs so, daß ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat – weder nach dem konservativ-korporatistischen noch nach dem sozialdemokratischen Modell – zu hohen Inflationsraten führen müsse, daß also geringere Preisstabilität der Preis sei, der für einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates zu zahlen sei. Daraus folgt im Umkehrschluß, daß ein Abbau des Wohlfahrtsstaates i. S. einer Reduzierung der Sozialausgaben zumindest keine notwendige Bedingung für die Erreichung und Gewährleistung des Ziels der Preisstabilität ist.

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, oder positiv gewendet: die Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes gilt zu Recht als ein unmittelbar wohlfahrtsrelevantes Ziel. Verbreitete Arbeitslosigkeit vertieft soziale Ungleichheiten, schafft zusätzliche Armutsrisiken und zieht eine Reihe weiterer sozialer Folgeprobleme nach sich. Sie gefährdet zudem die Funktionsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme (insbesondere wenn deren Finanzierung über Beiträge erfolgt, die an das Erwerbseinkommen anknüpfen). Aus diesen Gründen nimmt das Ziel der Vollbeschäftigung vor allem im sozialdemokratischen Modell des Wohlfahrtsstaates programmatisch einen hohen Rang ein. Aber auch in anderen Wohlfahrtsstaatsmodellen gilt niedrige Arbeitslosigkeit als Indikator wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erfolges.

Allerdings ist die Arbeitslosenquote, d.h. der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen,⁶ – für sich genommen – ein unzureichender Indikator erfolgreicher Arbeitsmarktpolitik. Denn es ist durchaus denkbar, daß bei gleicher Arbeitslosenquote der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand in Land A höher ausfällt als in Land B, Land A also erfolgreicher ist in der Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus. Es ist auch denkbar, daß trotz der Schaffung neuer Arbeitsplätze die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht (oder sogar zunimmt), wenn etwa die Zahl der erwerbsfähigen oder der erwerbswilligen Personen (und damit die Nachfrage nach Arbeitsplätzen) stärker steigt. Deshalb erscheint es zweckmäßig, als einen weiteren Indikator arbeitsmarktpolitischen Erfolges den prozentualen Zuwachs der Gesamtbeschäftigung (Zahl der Arbeitsplätze) heranzuziehen.

Im Vergleich der Regimetypen weisen die dem sozialdemokratischen Modell zugeordneten Länder im Gesamtzeitraum 1980-94 die geringste Arbeitslosigkeit auf, die dem liberalen Modell subsumierten Länder dagegen die höchste; die dem konservativen Modell zugerechneten Länder verzeichnen mittlere Arbeitslosenquoten. Diese Reihenfolge bestätigt sich auch in allen drei Untersuchungsperioden (vgl. Kohl 1998: 127, Tab. 5), stellt also ein relativ stabiles Muster dar.

Jedoch gibt es innerhalb der Regimetypen auch hier eine erhebliche Streuung. So liegt die Arbeitslosigkeit in Japan und der Schweiz, zwei Ländern, die von Esping-Andersen dem konservativ-korporatistischen Modell zugeordnet werden, typischerweise auf einem so niedrigen Niveau, wie es sonst nur in den skandinavischen Ländern und in Österreich erreicht wird.

Die Arbeitslosigkeit unterliegt naturgemäß starken konjunkturellen Schwankungen, die durch die Berechnung von langjährigen Durchschnittswerten verdeckt werden. Die periodenspezifische Analyse zeigt in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in den meisten Ländern eine leicht sinkende Arbeitslosigkeit, parallel zu relativ günstigen wirtschaftlichen Wachstumsraten und einer positiven Entwicklung der Gesamtbeschäftigung. In den 90er Jahren steigt die Arbeitslosigkeit dagegen meist wieder an, am stärksten in den dem konservativen Modell zugerechneten Ländern. Aber auch in Schweden, dem Musterland des sozialdemokratischen Modells, wo die Arbeitslosigkeit noch bis 1990 unter 2% lag, hat sie sich binnen weniger Jahre vervierfacht.

Überprüft man die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung in den OECD-Ländern, so fällt auf, daß diese meist nicht über 1% pro Jahr hinausgeht und – ebenso wie die Arbeitslosigkeit – starken konjunkturellen Schwankungen unterliegt. Im Vergleich der Regimetypen schneiden hier die Länder des liberalen Modells relativ am günstigsten ab, die des konservativen Modells hingegen am ungünstigsten. Während in der erstgenannten Ländergruppe seit der Mitte der 80er Jahre die Beschäftigung kräftig gewachsen ist, sind in den 90er Jahren in einigen Ländern des konservativen, aber auch des sozialdemokratischen Modells Beschäftigungsverluste über mehrere Jahre hinweg zu verzeichnen.

Diese Beobachtung ist es vor allem, die von den Kritikern des Wohlfahrtsstaates in den letzten Jahren ins Feld geführt wird. Man sollte jedoch auch hier die ausgeprägte Varianz innerhalb der Regimetypen beachten, die es fraglich erscheinen läßt, ob wirklich regimespezifische Gründe für diese Entwicklung verantwortlich zu machen sind. Man vergleiche etwa die durchaus positive Beschäftigungsentwicklung in Österreich und den Niederlanden mit den recht dramatischen Beschäftigungseinbrüchen in den skandinavischen Ländern.

Außerdem müssen die Beschäftigungsentwicklung und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang gesehen werden. Trotz der relativ günstigen Beschäftigungsentwicklung in den Ländern des liberalen Modells ist auch dort die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den 90er Jahren noch angestiegen. Das Niveau der Arbeitslosigkeit liegt immer noch um die Hälfte höher als in den Ländern des sozialdemokratischen Modells.

Zu den genuin sozialpolitischen Zielen des Wohlfahrtsstaates gehören sicherlich die Reduzierung der Einkommensungleichheit (auch wenn es keinen Konsens über einen ‚optimalen‘ bzw. noch akzeptablen Grad der Ungleichheit gibt) und die Bekämpfung von Armut (auch wenn es keinen Konsens über die Definition und Messung von Armut, insbesondere über die anzuwendenden Armutsgrenzen gibt). Als angemessenes Einkommenskonzept für

Verteilungsanalysen wird in der Regel heute das verfügbare Haushaltseinkommen angesehen, das mittels einer Äquivalenzskala haushaltsgrößen-spezifisch gewichtet wird, und somit geeignet ist, die individuelle Wohlstandsposition abzubilden. Als statistische Maßzahl zur Messung der Einkommensungleichheit bzw. -konzentration wird hier der Gini-Koeffizient verwendet, der Werte zwischen 0 (vollkommene Gleichheit) und 1 (maximale Ungleichheit) annehmen kann.

Table 3: Einkommensungleichheit und Armut nach Typen von Wohlfahrtsstaaten

	Jahr	Gini-Index	Armutsquoten		
			40%	50%	60%
Liberales Modell					
Australien	85/86	29,5	5,9	12,9	21,0
USA	86	34,1	12,8	18,4	24,1
Neuseeland					
Kanada	87	28,9	7,5	12,1	18,1
Irland	87	35,2	4,4	12,3	20,1
Großbritannien	86	30,4	3,9	8,7	17,3
Mittelwert		31,6	6,9	12,9	20,1
Mittelwert		30,8	8,7	14,5	21,1
Konservatives Modell					
Italien	86	30,2	5,6	11,0	18,0
Japan					
Frankreich	84	29,6	3,9	7,1	13,2
Deutschland	84/85	26,0	2,7	6,4	12,4
Finnland					
Schweiz					
Mittelwert		28,6	4,1	8,2	14,5
Mittelwert		28,6	4,1	8,2	14,5
Sozialdemokratisches Modell					
Österreich	87	31,6	2,6	6,7	12,2
Belgien	85	22,8	1,9	4,4	10,7
Niederlande	87	26,8	1,9	3,9	8,3
Dänemark					
Norwegen	86	23,4		7,3	12,8
Schweden	87	22,0	4,2	6,8	11,8
Mittelwert		25,3	2,7	5,8	11,2
Mittelwert		24,1	3,1	6,0	11,0

Anmerkungen:

- a) Die fett gedruckten Zahlen in der Spalte Gini-Index basieren auf LIS-Analysen, die übrigen auf nationalen Untersuchungen
- b) Armutsgrenze: 40%, 50%, 60% des verfügbaren Median-Einkommens – Standardisierte Äquivalenzskala $e = 0,55$ (1, 1.50, 1.88, 2.18, 2.40 ...)

Quelle: OECD 1994, Measurement of Low Incomes and Poverty in a Perspective of International Comparisons, Tab. 1 u. Tab.5. OECD 1996, Income distribution in OECD countries, Tab. 4.8

Die in Tabelle 3 wiedergegebenen Gini-Indizes zur Einkommensungleichheit stützen sich auf eine kürzlich veröffentlichte OECD-Studie (OECD 1995),

die hinsichtlich der verwendeten Datenquellen und der Methodik das gegenwärtig erreichbare Optimum darstellt.⁷ Aus ergänzenden nationalen Studien ergibt sich, daß in den meisten Ländern die Einkommensungleichheit seit Mitte der 80er Jahre tendenziell zugenommen hat. Am eindeutigsten ist die Zunahme in den USA und vor allem in Großbritannien ausgefallen. Diese längerfristige Tendenz kann keineswegs mehr als statistisches Artefakt abgetan werden.

Wagt man auf der Basis der LIS-Analysen einen internationalen Vergleich für Mitte der 80er Jahre, so ergibt sich folgende Reihenfolge (von hoher zu niedriger Ungleichheit): USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Belgien, Schweden, und Finnland. Das bedeutet: vier der fünf Länder mit der höchsten Einkommensungleichheit finden sich in dem liberalen Cluster, vier der fünf Länder mit der geringsten Ungleichheit gehören zu dem sozialdemokratischen Cluster. Mit überraschender Deutlichkeit zeigt sich so, daß es den Ländern des sozialdemokratischen Regimetyps – entsprechend ihrer egalitären Programmatik – in der Tat wesentlich besser gelingt, die Verteilung des materiellen Wohlstandes gleichmäßiger zu gestalten, als dies in anderen, insbesondere den liberalen Ländern, der Fall ist.

In der international vergleichenden Armutsforschung hat es sich durchgesetzt, von *relativen* Armutsgrenzen auszugehen, d.h. Armut in Relation zu den jeweiligen Einkommens- und Lebensverhältnissen eines Landes zu verstehen und zu definieren (vgl. Kohl 1992). Damit wird einerseits das Problem umgangen, eine *absolute*, für Länder unterschiedlichen Entwicklungsniveaus gleiche Armutsgrenze zu definieren. Andererseits wird – im Unterschied zu den in verschiedenen Ländern für administrative Zwecke verwendeten quasi-offiziellen Armutsgrenzen – ein einheitliches *Armutskonzept* zugrunde gelegt. Dieses besteht darin, daß ein bestimmter Prozentsatz des nationalen Durchschnittseinkommens als Armutsgrenze festgelegt wird. Um die bei einer solchen Entscheidung unumgängliche ‚Willkür‘ in Grenzen zu halten bzw. zu kontrollieren, wird neben der üblichen 50%-Grenze häufig eine ‚strenge‘ (40%) und eine ‚milde‘ Armutsgrenze (60%) verwendet.

Die bei Verwendung dieser drei Armutsgrenzen berechneten personenbezogenen Armutsquoten folgen alle dem gleichen Muster: Die Armutshäufigkeit, die auch als Armutsrisiko interpretiert werden kann, ist eindeutig am höchsten im liberalen Regimetyp und ebenso eindeutig am niedrigsten im sozialdemokratischen Regimetyp (nämlich nur etwa halb so hoch wie in jenem). Es gibt kein Land aus dem liberalen Cluster, das in der Armutsbekämpfung besser abschneidet als irgendein Land aus dem sozialdemokratischen Cluster. Für den konservativen Regimetyp liegen Armutsquoten nur für wenige Länder vor; sie liegen auf einem mittleren Niveau.

Über die Häufigkeit des Auftretens von Armut hinaus kann man die sog. aggregierte *Armutslücke* (*low income gap*) berechnen (vgl. OECD 1994b: 11ff.). Diese bezeichnet den Ressourcenaufwand, der rechnerisch notwendig wäre, um die Einkommenslage aller Armen zumindest auf die Armutsgrenze

anzuheben, in diesem Sinne: Armut zu beseitigen. Die diesbezüglichen Berechnungen ergeben erstaunlich geringe Werte. In allen in die Analyse einbezogenen Ländern (außer den USA) würde ein zusätzlicher Sozialaufwand von unter 1% des BIP genügen, um das Einkommen aller Bürger auf mindestens 50% des nationalen Durchschnittseinkommens anzuheben; in den USA liegt der entsprechende Prozentsatz bei 1,5% (vgl. Kohl 1998: 134, Tab. 8).

4. Fazit

Hinsichtlich der *Input*-Indikatoren (Staatsausgabenquote, Sozialausgabenquote) liegen die Unterschiede zwischen den Regimetypen in der erwarteten Richtung. Im Durchschnitt weisen die dem sozialdemokratischen Regimetypp zuzurechnenden Länder das höchste Niveau der Sozialausgaben als auch der Staatsausgaben insgesamt auf und die Länder des liberalen Regimetyps die geringsten. Die dem konservativen Regimetypp zuzurechnenden Länder nehmen eine mittlere Stellung ein; jedoch ist die Varianz innerhalb des konservativen Regimetyps sehr groß. Klammert man die beiden ‚untypischen‘ Länder Japan und die Schweiz aus, verbleibt eine wesentlich homogenere Ländergruppe mit deutlich höherem Niveau von Sozialausgaben und Staatsausgaben. In der Tat unterscheiden sich die Länder des konservativen und des sozialdemokratischen Regimetyps im Niveau der Sozialausgaben dann nur noch um wenige Prozentpunkte.

Hinsichtlich der *wirtschaftspolitischen* Leistungsindikatoren (Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung) ist das Bild eher uneinheitlich. Die Unterschiede *zwischen* den Regimetypen sind meist nicht sehr beträchtlich, verglichen mit der Variationsbreite *innerhalb* des gleichen Regimetyps. Konjunkturelle Zyklen wirken sich bei allen Ländern, unabhängig vom Regimetypp, in ähnlicher Weise aus. Unter dem Gesichtspunkt der Hypothesenprüfung mag dieses Ergebnis als negativer Befund erscheinen. Im Kontext der politischen Diskussion ist dies jedoch ein substantielles Ergebnis von nicht zu unterschätzender Brisanz: besagt es doch, daß die unterschiedliche institutionelle Gestaltung des Wohlfahrtsstaates in Bezug auf die wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit eines Landes keinen ausschlaggebenden Einfluß hat.

Es läßt sich beispielsweise nicht belegen, daß die Länder des liberalen Modells auf Dauer eine durchschnittlich bessere Leistungsbilanz vorzuweisen hätten, was wirtschaftliches Wachstum und Inflationsbekämpfung betrifft. Am ehesten sind regimetyppspezifische Unterschiede bei den Beschäftigungs-Indikatoren festzustellen. In den Ländern des liberalen Modells finden wir die durchschnittlich höchste Arbeitslosigkeit, andererseits aber die relativ günstigste Beschäftigungsentwicklung seit Mitte der 80er Jahre. Die Länder des sozialdemokratischen Modells zeichnen sich im langjährigen Durchschnitt durch die niedrigste Arbeitslosigkeit aus; aber in den 90er Jahren

steigt sie deutlich an, und die Beschäftigungsentwicklung ist nur mäßig positiv. Die schlechteste Performanz weisen die Länder des konservativen Modells auf: hier steigt die Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren am stärksten an, während zugleich die Gesamtbeschäftigung rückläufig ist.

Hinsichtlich der *sozial- bzw. verteilungspolitischen* Output-Indikatoren zeigen sich dagegen deutlich die aufgrund theoretischer Überlegungen zu erwartenden Muster. Einkommensungleichheit und Armut sind eindeutig am größten in den Ländern des liberalen Modells, und eindeutig am geringsten in den Ländern des sozialdemokratischen Modells. Man mag dies darauf zurückführen, daß den Zielen der Reduzierung von Ungleichheit und der Bekämpfung von Armut in den letztgenannten Ländern eine höhere Priorität eingeräumt wird, oder darauf, daß diese Ziele mit effektiveren Instrumenten angestrebt werden. In jedem Fall muß man schließen, daß der Typ des Wohlfahrtsstaates, d.h. die Art der institutionalisierten Sozialpolitik, einen Unterschied im Hinblick auf die Beeinflussung der Strukturen sozialer Ungleichheit macht. Dieses Ergebnis spricht sowohl gegen die Nullhypothese, daß solche gesellschaftlichen Strukturen politisch nicht gezielt zu beeinflussen wären als auch vor allem gegen die Hypothese, daß das Instrumentarium ausgebauter sozialer Sicherungssysteme letztlich kontraproduktiv wäre, d.h. entgegen gutgemeinter Absichten der Akteure letztlich Armut und Ungleichheit noch vergrößere.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag wurde bereits in einer ausführlicheren Fassung in dem von P. Flora und H.-H. Noll herausgegebenen Band „Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung“, Campus Verlag, Frankfurt a.M. 1998, veröffentlicht. Ich danke dem Campus Verlag für die freundliche Nachdruckgenehmigung.
- 2 Zur deutschen Diskussion vgl. Kohl (1993), Offe (1993), Lessenich/Ostner (1998), Schmid (1996, Kap. 3), Schmidt (1998, Kap. 2.4).
- 3 Die beiden Begriffe werden im folgenden synonym verwendet.
- 4 Hierfür sei der Leser auf die ausführliche Fassung dieses Aufsatzes in: Flora/Noll (Hrsg.) 1998, S. 111-139, verwiesen.
- 5 In den 90er Jahren nimmt Deutschland auch keineswegs mehr eine Spitzenstellung, sondern allenfalls eine Durchschnittsposition hinsichtlich des Sozialausgabenniveaus ein, sowohl im Vergleich aller OECD-Länder als auch im Vergleich zu den übrigen Ländern des konservativen Regimetyps (vgl. Tab. 1).
- 6 In der statistischen Praxis mancher Länder wird die Zahl der Arbeitslosen mitunter auch auf die Zahl der *abhängig* Erwerbstätigen oder auf die Zahl der *zivilen* Erwerbspersonen bezogen. In Tab. 2 wird dagegen auf die *standardisierten* Arbeitslosenquoten der OECD zurückgegriffen, die für den internationalen Vergleich eine bessere Datenbasis darstellen.
- 7 Diese beruht ihrerseits auf umfangreichen Studien des LIS (Luxembourg Income Study) Projekts, in dessen Rahmen eine größere Anzahl nationaler Einkommenssurveys sekundäranalytisch vergleichbar gemacht und nach einer einheitlichen Methodik analysiert wurden (vgl. Smeeding/O'Higgins/Rainwater 1990).

Literatur

- Esping-Andersen, Gosta 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton, N.J.
- Esping-Andersen, Gosta (Hrsg.) 1996: *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London: Sage.
- Kohl, Jürgen 1992: Armut im internationalen Vergleich. Methodische Probleme und empirische Ergebnisse. In: Leibfried, Stephan/Voges, Wolfgang (Hrsg.). *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat* (Sonderheft 32 der KZfSS), Opladen, S. 272-299.
- Kohl, Jürgen 1993: Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive. Anmerkungen zu Esping-Andersen's 'Three Worlds of Welfare Capitalism'. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, 39. Jg., S. 67-82.
- Kohl, Jürgen 1998: Leistungsprofile wohlfahrtsstaatlicher Regimetypen. In: Flora, Peter/Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.). *Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung*. Frankfurt, S. 111-139.
- Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (Hrsg.) 1998: *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt: Campus.
- OECD 1994a: *Historical Statistics*. Paris.
- OECD 1994b: *Measurement of Low Incomes and Poverty in a Perspective of International Comparisons* (OECD Labour Market and Social Policy Occasional Papers, No. 14). Paris.
- OECD 1995: *Income Distribution in OECD Countries*. Paris.
- OECD 1996: *Social Expenditure Statistics of OECD Member Countries* (Labour Market and Social Policy Occasional Papers No. 17). Paris.
- Offe, Claus 1993: Zur Typologie von sozialpolitischen 'Regimes'. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, 39. Jg., S. 83-86.
- Schmid, Josef 1996: *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. Opladen. Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G. 1998: *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*. 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Smeeding, Timothy/O'Higgins, Michael/Rainwater, Lee (Hrsg.) 1990: *Poverty, Inequality and the Distribution of Income*. Hemel Hempstead.

Wandel in der Bildungslandschaft Europas¹

Walter Müller

Die starke Zunahme in der Bildungsbeteiligung ist eine der wesentlichen Entwicklungen im sozialen Wandel der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt in fast allen Ländern Europas die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung noch eine Ausbildung, die nicht über 7-8 Jahre Volksschulbesuch hinaus reichte. In einigen südeuropäischen Ländern, in Irland oder in ländlichen Regionen der nordischen Länder war die Schuldauer für große Teile der Bevölkerung noch wesentlich kürzer. In allen Ländern waren die Bildungssysteme in hohem Maße segregiert und trennten in relativ frühem Alter die Kinder, die auf der Volksschule verblieben, von denen, die eine höhere Bildung erreichen sollten. Bildungsbarrieren wurden in den Nachkriegsjahrzehnten durch Reformen reduziert und die Dauer der Schulpflicht wurde erhöht. Die Nachfrage nach Bildung stieg stark an. Man kann inzwischen von einer *Universalisierung von Sekundarbildung* in Europa sprechen: Fast alle Angehörigen der jüngeren Jahrgänge nutzen in allen Ländern über kürzere oder längere Zeit Bildungsangebote, die dem Sekundarniveau zugerechnet werden.

Bildungswachstum hat sich in verschiedenen Ländern von unterschiedlichen Ausgangspunkten in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichen Ergebnissen vollzogen. Die Unterschiedlichkeit der Entwicklungen ist ein beredtes Beispiel für die in Europa bestehende institutionelle Vielfalt und die damit verbundenen Folgen. Dies gilt schon für die Länder Westeuropas. Die osteuropäischen Gesellschaften bereichern das Bild mit zusätzlicher Variantenvielfalt. Die Bildungssysteme einzelner Länder sind unterschiedlich aufgebaut. Sie bieten verschiedene Ausbildungsgänge an, die unterschiedlich miteinander in Beziehung stehen. Auch die Abschlußniveaus entsprechen sich selten eins zu eins, und der arbeitsmarktbezogene Wert mehr oder weniger äquivalenter Abschlüsse variiert teilweise erheblich zwischen den Ländern. Zudem haben viele Länder ihre Bildungssysteme und Ausbildungsgän-